Verhandlungsschrift

Nr. 4/2012

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Freitag, den 06.09.2012.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. Vizebürgermeister	Reitsamer	Robert
3. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
4. Gemeindevorstand	Reitmann	Michael
5. Gemeindevorstand	Weber	Michael
6. Gemeindevorstand	Standl	Franz
7. Gemeindevorstand	Schwaiger	Wolfgang
8. Gemeinderat	Weinberger	Herbert
9. Gemeinderat	Mayer	Helmut
10. Gemeinderat	Altmann	Anna
11. Gemeinderat	Mayer	Johann
12. Gemeinderat	Gitschner	Herta
13. Gemeinderat	Blechinger	Roswitha
14. Gemeinderat	Pendelin	Hermann
15. Gemeinderat	Schinwald	Josef
16. Gemeinderat	Voggenberger	Franz
17. Gemeinderat	Anzinger	Norbert
18. Gemeinderat	Mayer	Thomas
19. Gemeinderat	Winkelmeier	Johann
20. GREM	Barth	Herbert (f. GR Klinger Martin)
21. GREM	Stipkovits	Ernst (f. GR Haslauer Manuela)
22. GREM	Eidenhammer	Margit (f. GR Muigg Martin)
23. GREM	Anzinger	Marianne (f. GR Schwenn Gabr.)
24. GREM	Reichel	Astrid (f. GR Matsakidis Maria)

Es fehlen:

- GR Klinger Martin (entschuldigt) – dafür GREM Barth Herbert
- GR Haslauer Manuela (entschuldigt) – dafür GREM Stipkovits Ernst
- GR Muigg Martin (entschuldigt) – dafür GREM Eidenhammer Margit
- GR Schwenn Gabriele (entschuldigt) – dafür GREM Anzinger Marianne
- GR Priedwasser Horst (entschuldigt) – ohne Ersatz
- GR Matsakidis Maria (entschuldigt) – dafür GREM Reichel Astrid

Der BM stellt fest, dass

1. die Sitzung von ihm einberufen wurde,
2. die Verständigung hierzu (**ANLAGE 1**) rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Zustellung erfolgte gemäß vorliegendem Zustellnachweis (**ANLAGE 2**) an alle Mitglieder des Gemeinderates und die Kundmachung (**ANLAGE 3**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 15.06.2012 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
3. die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM informiert, dass bei der Einladung zur Gemeinderatssitzung an alle Fraktionen eine falsche Tagesordnung beigelegt wurde. Bei der Besprechung im Gemeindevorstand und im Aushang wurde bereits die richtige Tagesordnung ausgehängt. Er bittet dieses Versehen zu entschuldigen.

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 3 vom 29.06.2012 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Änderung der Tarifordnung für den Hort
2. Änderung der Tarifordnung für die Krabbelstube
3. Pfarrheim mit Kulturraum – Genehmigung des Gestattungsvertrages mit dem Land Oberösterreich
4. Straßenbaumaßnahmen nach Regenfällen – Beschluss eines Finanzierungsplanes
5. Beschluss einer Einheitssatzverordnung für Verkehrsflächen in der Gemeinde Lengau
6. Genehmigung des Abtretungsvertrages und des Kaufvertrages mit der Schneegatterer Gemeinnützigen WohnungsgmbH.
7. Teilweise Auflassung öffentliches Wegegrundstück 941/1, KG Krenwald – Beschluss einer Verordnung und Abtretung des Grundstücksteiles
8. Auflassung öffentliches Wegegrundstück 3108, KG Lengau – Beschluss einer Verordnung und Verkauf des Grundstückes
9. Verlegung des öffentlichen Gutes Römerstraße im Bereich der Gst. Nr. 2780 und 2779, KG Lengau
10. Grundsatzbeschluss über Vorgangsweise für die Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens: in Lengau:
  - a) Bestimmung des Standortes
  - b) Errichtung durch Bauträger oder Gemeinde
11. Grundstück Nr. 582/14, KG Heiligenstatt – Entscheidung über die Übernahme in das öffentliche Gut – Straßen und Wege
12. Genehmigung des Stromliefervertrages mit der Energie AG
13. Allfälliges

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Änderung der Tarifordnung für den Hort

Der BM informiert, dass in der Sitzung des Finanzausschusses vom 11.06.2012 beschlossen wurde die Gebührenordnungen für Hort und Krabbelstube nicht zu verändern, sondern nur eine Indexanpassung durchzuführen. Der Entwurf der indexangepassten Tarifordnung ist den Fraktionen zugegangen. Der BM erachtet den Hort und die Krabbelstube als wichtige Einrichtungen, verweist aber auch auf den durch die Gemeinde zu tragenden Abgang und erachtet daher eine Indexanpassung als erträglich und möglich.

Der BM stellt den

A n t r a g

folgende Tarifordnung zu genehmigen:

TARIFORDNUNG Hort Lengau 2012

K u n d m a c h u n g

Auf Grund § 14 der Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 wird folgendes festgelegt:

§ 1 Bewertung des Einkommens

- (1) Der von den Eltern für Leistungen einer Kinderbetreuungseinrichtung im Sinne des § 2 Abs.1 Z 1 Oö. Kinderbetreuungsgesetz zu erbringende Kostenbeitrag bemisst sich nach der Höhe des Familieneinkommens pro Monat.
- (2) Für die Berechnung des Bruttofamilieneinkommens gemäß § 2 Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 sind die Einkünfte eines Jahres nachzuweisen. Dieser Betrag wird bei Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit durch 14 und bei sonstigen Einkünften durch 12 geteilt.
- (3) Die gemäß § 2 der Verordnung ermittelte Berechnungsgrundlage bildet die Grundlage für die Berechnung des Elternbeitrages für das jeweilige Arbeitsjahr. Veränderungen der Einkommenssituation während des Arbeitsjahres sind der LeiterIn bekannt zu geben und finden jeweils im darauffolgenden Monat Berücksichtigung.
- (4) Weisen die Eltern ihr Familieneinkommen nicht bis zum 30. September nach, ist der Höchstbeitrag zu leisten.

§ 2 Elternbeitrag

- (1) Eltern oder Erziehungsberechtigte haben einen monatlichen Elternbeitrag für ihr Kind vor dem vollendeten 30. Lebensmonat bzw. ab dem Schuleintritt zu leisten. Ebenso haben Eltern oder Erziehungsberechtigte eines Kindes, das über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügt, einen Elternbeitrag zu leisten.
- (2) Mit dem monatlich zu leistenden Kostenbeitrag der Eltern (Elternbeitrag) sind alle Leistungen der Kinderbetreuungseinrichtung abgedeckt, ausgenommen eine allenfalls verabreichte Verpflegung, angemessene Materialbeiträge oder Veranstaltungsbeiträge.
- (3) Der Elternbeitrag wird für 11 geöffnete Monate berechnet und versteht sich inklusive Umsatzsteuer.
- (4) Der Elternbeitrag wird mittels Bankeinzug 10 Mal (September und Oktober werden im Oktober eingezogen) pro Jahr eingehoben.

- (5) Ist ein Kind mehr als 3 Wochen pro Monat durchgehend wegen Erkrankung (ärztliche Bestätigung) am Hortbesuch verhindert, so wird der Elternbeitrag zur Hälfte ermäßigt.
- (6) Der Mindest- und der Höchstbeitrag, sowie der Materialbeitrag sind indexgesichert; eine Indexanpassung erfolgt jeweils zu Beginn des neuen Arbeitsjahres (September), erstmals zu Beginn des Arbeitsjahres 2012/2013.

§ 3 Mindestbeitrag

- (1) Der Mindestbeitrag im Hort beträgt € 39. —.
- (2) Der Mindestbeitrag kann auf Antrag aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Gründen unterschritten oder gänzlich nachgesehen werden, wobei auf die Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse Bedacht zu nehmen ist.

§ 4 Höchstbeitrag

Der Höchstbeitrag bis 25 Wochenstunden wird mit € 103. — festgelegt. **Der Höchstbeitrag für darüber hinausgehende Inanspruchnahme beträgt € 137. —.**

§ 5 Geschwisterabschlag

- (1) Besuchen mehrere Kinder einer Familie eine beitragspflichtige Kinderbetreuungseinrichtung in der Gemeinde (Besuchsbestätigung der Kinderbetreuungseinrichtung), wird für das 2. Kind ein Abschlag von 50% und für jedes weitere Kind ein Abschlag von 100% festgesetzt.
- (2) Der Geschwisterabschlag wird vom Elternbeitrag bis 25 Wochenstunden berechnet.

§ 6 Berechnung des Elternbeitrages

Der Elternbeitrag für den Hortbetrieb beträgt 3 % von der Berechnungsgrundlage für die Betreuungszeit bis maximal 25 Wochenstunden und 4 % bei darüberhinausgehender Inanspruchnahme (über 25 Wochenstunden und ganztägige Betreuung an schulfreien Tagen und Ferienzeiten).

Für den Hortbesuch an weniger als 5 Tagen wird ein Tarif für

- 3 Tage festgesetzt, der 70 % vom 5 -Tages -Tarif beträgt.
- 2 Tage festgesetzt, der 50% vom 5-Tages-Tarif beträgt.

(bei einem Besuch von 4- Tagen ist der 5-Tage Tarif zu zahlen)

§ 7 Sonstige Beiträge

Essensbeiträge:

Für die Mittagsverpflegung wird ein Kostenbeitrag in der Höhe von € 2,50 pro Essenportion verrechnet. Dieser Beitrag ist indexgesichert. Eine Indexanpassung erfolgt jeweils zu Beginn des neuen Arbeitsjahres.

Materialbeitrag:

Es werden € 3. — pro Monat/ Kind eingehoben. Der Betrag wird 2 x jährlich eingehoben.

Veranstaltungsbeiträge:

Werden anlassbezogen eingehoben.

§ 8 Regelung für Kinder aus Fremdgemeinden

Kinder aus Nachbargemeinden können nur aufgenommen werden, wenn kein Kind aus der Gemeinde den Hortplatz beansprucht und wenn sich die Nachbargemeinde am Abgang beteiligt (Gemeindebestätigung erforderlich).

§ 9 Inkrafttreten

Diese Tarifordnung tritt mit 1. September 2012 in Kraft.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

2. Änderung der Tarifordnung für die Krabbelstube

Der BM erläutert die Änderungen in der Tarifordnung und verweist auf die Tarife z.B. in Straßwalchen. Der durch die Gemeinde zutragende Abgang beträgt ca. € 30.000,--.

VBM Reitsamer weist darauf hin, dass viele Verträge indexangepasst sind und erkundigt sich, warum in diesen Fällen eine Indexanpassung separat zu beschließen ist.

Der BM stellt den

A n t r a g

folgende Tarifordnung zu genehmigen:

Elternbeitragsordnung der Krabbelstube in Schneegattern

K u n d m a c h u n g

Laut § 27 Abs.1 Oö. KBG 2009 entfällt der Elternbeitrag für Kinder ab dem vollendeten 30. Lebensmonat, die einen Hauptwohnsitz in Oberösterreich haben!

Auf Grund § 14 der Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 wird folgendes festgelegt:

§ 1 Bewertung des Einkommens

- (5) Der von den Eltern für Leistungen einer Kinderbetreuungseinrichtung im Sinne des § 2 Abs.1 Z 1 Oö. Kinderbetreuungsgesetz zu erbringende Kostenbeitrag bemisst sich nach der Höhe des Familieneinkommens pro Monat.
- (6) Für die Berechnung des Bruttofamilieneinkommens gemäß § 2 Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 sind die Einkünfte eines Jahres nachzuweisen. Dieser Betrag wird bei Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit durch 14 und bei sonstigen Einkünften durch 12 geteilt.
- (7) Die gemäß § 2 der Verordnung ermittelte Berechnungsgrundlage bildet die Grundlage für die Berechnung des Elternbeitrages für das jeweilige Arbeitsjahr. Veränderungen der Einkommenssituation während des Arbeitsjahres sind der LeiterIn bekannt zu geben und finden jeweils im darauffolgenden Monat Berücksichtigung.
- (8) Weisen die Eltern ihr Familieneinkommen nicht bis zum 30. September nach, ist der Höchstbeitrag zu leisten.

§ 2 Elternbeitrag

- (7) Eltern oder Erziehungsberechtigte haben einen monatlichen Elternbeitrag für ihr Kind vor dem vollendeten 30. Lebensmonat zu leisten. Ebenso haben Eltern oder Erziehungsberechtigte eines Kindes, das über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügt, einen Elternbeitrag zu leisten.
- (8) Mit dem monatlich zu leistenden Kostenbeitrag der Eltern (Elternbeitrag) sind alle Leistungen der Kinderbetreuungseinrichtung abgedeckt, ausgenommen eine allenfalls verabreichte Verpflegung, angemessene Materialbeiträge oder Veranstaltungsbeiträge.
- (9) Der Elternbeitrag wird für 11 geöffnete Monate berechnet und versteht sich inklusive Umsatzsteuer.
- (10) Der Elternbeitrag wird mittels Bankeinzug 10 Mal (September und Oktober werden im Oktober eingezogen) pro Jahr eingehoben.
- (11) Ist ein Kind mehr als 3 Wochen pro Monat durchgehend wegen Erkrankung (ärztliche Bestätigung) am Krabbelstubenbesuch verhindert, so wird der Elternbeitrag zur Hälfte ermäßigt.
- (12) Der Mindest- und der Höchstbeitrag, sowie der Materialbeitrag sind indexgesichert; eine Indexanpassung erfolgt jeweils zu Beginn des neuen Arbeitsjahres (September), erstmals zu Beginn des Arbeitsjahres 2012/2013.

§ 3 Mindestbeitrag

- (3) Der Mindestbeitrag in der Krabbelstube beträgt € 46. —.
- (4) Der Mindestbeitrag kann auf Antrag aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Gründen unterschritten oder gänzlich nachgesehen werden, wobei auf die Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse Bedacht zu nehmen ist.

§ 4 Höchstbeitrag

Der Höchstbeitrag bis 30 Wochenstunden wird mit € 165. — festgelegt. Bei darüber hinausgehender Inanspruchnahme beträgt der Höchstbeitrag € 310. —.

§ 5 Geschwisterabschlag

- (3) Besuchen mehrere Kinder einer Familie eine beitragspflichtige Kinderbetreuungseinrichtung in der Gemeinde (Besuchsbestätigung der Kinderbetreuungseinrichtung), wird für das 2. Kind ein Abschlag von 50% und für jedes weitere Kind ein Abschlag von 100% festgesetzt.
- (4) Der Geschwisterabschlag wird vom Elternbeitrag bis 30 Wochenstunden berechnet.

§ 6 Kostenbeitrag bei nicht regelmäßigen Besuch

Wenn der betragsfreie Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung ohne Rechtfertigungsgrund nicht regelmäßig entsprechend der Anmeldung erfolgt, wird pro Monat ein Betrag von € 159 eingehoben.

Der Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung ist jedenfalls dann nicht regelmäßig, wenn die vereinbarte monatliche Besuchszeit um mehr als 20% unterschritten wird. Ein Rechtfertigungsgrund für eine Unterschreitung der monatlichen Besuchszeit liegt jedenfalls vor bei

- Erkrankung des Kindes oder der Eltern,
- Außergewöhnlichen Ereignissen (z.B. Naturkatastrophen, Todesfall in der Familie)
- Urlaubsbedingter Abwesenheit von höchstens drei Wochen pro Arbeitsjahr

§ 7 Berechnung des Elternbeitrages

Der Elternbeitrag für den Krabbelstubenbetrieb beträgt 3,6% von der Berechnungsgrundlage für die Betreuungszeit bis maximal 30 Wochenstunden und 4,8 % bei darüberhinausgehender Inanspruchnahme.

Für den Krabbelstubenbesuch an weniger als 5 Tagen wird ein Tarif für

- 2 Tage festgesetzt, der 60 % vom 5- Tages-Tarif beträgt.

§ 8 Sonstige Beiträge

Essensbeiträge:

Für die Mittagsverpflegung wird ein Kostenbeitrag in der Höhe von € 2,60 pro Essensportion verrechnet. Dieser Beitrag ist indexgesichert. Eine Indexanpassung erfolgt jeweils zu Beginn des neuen Arbeitsjahres.

Materialbeitrag:

Es werden € 3 pro Monat/ Kind eingehoben. Der Betrag wird 2 x jährlich eingehoben.

Veranstaltungsbeiträge:

Werden anlassbezogen eingehoben.

§ 9 Regelung für Kinder aus Fremdgemeinden

Kinder aus Nachbargemeinden können nur aufgenommen werden, wenn kein Kind aus der Gemeinde den Krabbelstubenplatz beansprucht und wenn sich die Nachbargemeinde am Abgang beteiligt (Gemeindebestätigung erforderlich).

§ 10 Inkrafttreten

Diese Tarifordnung tritt mit 1. September 2012 in Kraft.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Pfarrheim mit Kulturraum – Genehmigung des Gestattungsvertrages mit dem Land Oberösterreich

Der BM gibt bekannt, dass durch die Straßenmeisterei Uttendorf ein Vertrag für die Zufahrt des geplanten Pfarrheimes mit Kulturraum aus dem Gst.Nr. 2815/1, KG Lengau, in die L 1044 Baier Landesstraße ausgearbeitet wurde. Zusätzlich soll der bestehende Gehsteig entlang der L 1044 nach innen verlegt werden. Dieser Vertrag wurde den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Der BM stellt den

A n t r a g

den vorliegenden Gestattungsvertrag für die Zufahrt aus dem Gst.Nr. 2815/1, KG Lengau, in die L 1044 (**ANLAGE 4**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

4. Straßenbaumaßnahmen nach Regenfällen – Beschluss eines Finanzierungsplanes

Der BM informiert, dass durch die Starkregeneignisse am 20.06.2012 mehrere Straßen der Gemeinde Lengau stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Mit Schreiben des Amtes der O.ö. Landesregierung vom 20.08.2012, Zl. IKD(Gem)-311021/753-2012-Rc, wurde ein Finanzierungsplan vorgelegt.

Der BM stellt den

A n t r a g

den folgenden Finanzierungsplan zu genehmigen:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2012	2013	2014	Gesamt
Anteilsbetrag o.H.	45.000,00	0,00	0,00	45.000,00
LZ Katastrophenmittel	90.000,00	0,00	0,00	90.000,00
Bedarfszuweisung	45.000,00	0,00	0,00	45.000,00
	180.000,00	0,00	0,00	180.000,00

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

5. Beschluss einer Einheitssatzverordnung für Verkehrsflächen in der Gemeinde Lengau

In der letzten Sitzung des Finanzausschusses und des Gemeinderates wurde über diese Problematik intensiv diskutiert, da die Errichtung von Straßen mit den derzeitigen Verkehrsflächenbeiträgen nicht finanziert werden kann. Beim Versuch einen entsprechenden privatrechtlichen Vertrag mit den Umwidmungswerbern zu erstellen wurde festgestellt, dass bei dieser Vorgangsweise die Problematik der sog. „Trittbrettfahrer“ nicht gelöst werden kann. Unter „Trittbrettfahrer“ in diesem Zusammenhang, sind Grundstückseigentümer zu verstehen, die derzeit keine Umwidmung anstreben und daher auch keinen Vertrag für die Übernahme von Infrastrukturbeiträgen unterzeichnen und Jahre später die Umwidmung beantragen und aufgrund der Bestimmungen des § 16 ROG, dass die anfallenden Kosten nicht überschritten werden dürfen, keine Beiträge leisten und die früher geschaffene Infrastruktur nutzen.

GR Voggenberger erachtet die Lösung als vernünftig und fair, da die „Trittbrettfahrer“ ausgeschaltet werden, da alle Bauwerber gleich belastet werden.

GR Winkelmeier vertritt die Ansicht, dass die Erhöhung gerechtfertigt ist. Für ihn unklar ist der Zeitpunkt der Vorschreibung dieser Beiträge. Er regt an, in der Verordnung einen Termin für die Vorschreibung festzusetzen. Durch den Amtsleiter wird festgestellt, dass die Aufschließungsbeiträge nach rechtswirksamer Umwidmung der Flächen vorgeschrieben werden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang allerdings die Problematik, dass bei größeren Flächen, ohne bereits feststehender Parzellierung, eine Vorschreibung der Verkehrsflächenbeiträge äußerst problematisch ist, da diese bei einer großen Fläche bedeutend geringer sind als bei mehreren kleineren Parzellen und daher bei jeder Parzellierung zu einer Neuberechnung führt.

GR Winkelmeier kritisiert, dass teilweise nur ca. € 150,- anstelle der 20 %-igen Aufschließungsbeiträge pro Parzelle vorgeschrieben werden. Der Amtsleiter stellt dazu fest, dass nach fünfmaliger Vorschreibung (jeweils 20 % des Aufschließungsbeitrages) ein Erhaltungsbeitrag für die Kanalisation im Ausmaß von € 0,15 pro m² Baulandfläche vorgeschrieben wird.

GV Schwaiger schlägt vor, die Verordnung in der vorliegenden Form zu beschließen und in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses über die Frist der Vorschreibung zu diskutieren.

GV Weber führt aus, dass Übereinstimmung besteht den Verkehrsflächenbeitrag zu verdoppeln. In der letzten Sitzung wurde festgelegt, dass der Verkehrsflächenbeitrag nach Erteilung der Baubewilligung vorgeschrieben wird. (Anmerkung Protokollierung GR 29.06.2012: „Dadurch könnten die Einnahmen zwar nicht vor der Umwidmung lukriert werden, sondern erst durch die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge in den nächsten Jahren bzw. mit der Vorschreibung des Verkehrsflächenbeitrages nach Erteilung der Baubewilligung.“)

Durch das Gemeindeamt wurde in der Zwischenzeit eine Einheitssatzverordnung für Verkehrsflächen der Gemeinde Lengau erstellt, welche den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. In dieser Verordnung wird der Einheitssatz für Verkehrsflächen der Gemeinde Lengau mit € 130,- festgelegt, eine Indexanpassung analog den Bestimmungen des Landes vorgesehen und die Flächen des INKOBA Lengau ausgenommen, da für diese Flächen bereits Beiträge für die Infrastruktur eingehoben werden.

Der BM stellt den

A n t r a g

folgende Einheitssatzverordnung für Verkehrsflächen der Gemeinde Lengau zu genehmigen:

KUNDMACHUNG

Der Gemeinderat der Gemeinde Lengau hat in der Sitzung vom 06.09.2012 folgende Verordnung beschlossen, mit welcher die Einheitssatzverordnung für die Berechnung des Verkehrsflächenbeitrages in der Gemeinde Lengau gemäß § 94 O.ö. GemO 1990 kundgemacht wird:

V e r o r d n u n g

Auf Grund der O.ö. Bauordnung 1994, LGBl. Nr. 66/1994 in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 5/1995, 93/1995, 93/1996, 70/1998, 102,1999, 90/2001, 114/2002, 80/2005, 96/2006 und 36/2008, wird verordnet:

§ 1

Der Einheitssatz für die Berechnung des Beitrags zu den Kosten der Herstellung öffentlicher Verkehrsflächen der Gemeinde Lengau wird nach den durchschnittlichen Straßenerrichtungskosten, die mit der Herstellung des Tragkörpers (einer mechanisch verdichteten Schottertragschicht) und der Aufbringung einer bituminös gebundenen Tragschicht oder einer Pflasterung auf den Tragkörper üblicherweise verbunden sind, mit € 130.— pro Quadratmeter festgesetzt.

§ 2

Der im § 1 festgelegte Einheitssatz ändert sich jeweils zum 1. Mai entsprechend den durchschnittlichen Änderungen des von der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ für das vorangegangene Jahr verlautbarten Baukostenindex für den Straßenbau (Basisjahr 2005) oder eines an seine Stelle tretenden Index, soweit sich die Indexzahl um mehr als 10 % geändert hat. Bezugsgröße für die erstmalige Änderung ist der durchschnittliche Indexwert für das Jahr 2010; Bezugsgröße für jede weitere Änderung ist der durchschnittliche Indexwert desjenigen Kalenderjahres, das für die jeweils letzte Änderung maßgebend war. Ein sich aus dieser Berechnung ergebender neuer Betrag ist auf einen vollen Eurobetrag zu runden, wobei Beträge bis einschließlich 50 Cent abgerundet und Beträge über 50 Cent aufgerundet werden. Eine solchermaßen ermittelte Änderung des Einheitssatzes wird nur dann wirksam, wenn der geänderte Betrag von der Gemeinde Lengau vor dem Stichtag 1. Mai kundgemacht wurde.

§ 3

Diese Verordnung gilt nicht für Flächen welche durch INKOBA Lengau erfasst sind.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit 1. Oktober 2012 in Kraft.

Der Bürgermeister:
LA Erich Rippl

Angeschlagen am: 07.09.2012

Abgenommen am: 24.09.2012

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

6. Genehmigung des Abtretungsvertrages und des Kaufvertrages mit der Schneegatterer Gemeinnützigen WohnungsgmbH.

Der BM ruft in Erinnerung, dass in der Sitzung des Gemeinderates vom 17.02.2012 beschlossen wurde, das Gst.Nr. 853/29 von der Schneegatterer Gemeinnützigen zu erwerben. In der Sitzung des Gemeinderates vom 29.06.2012 wurde beschlossen Teilflächen der Gst.Nr. 853/31 und 853/54, jeweils KG Krenwald, an die Schneegatterer Gemeinnützigen abzugeben. Dadurch ergibt sich ein Differenzbetrag von € 21.762,-- mit dem die angeführten Grundstückstransaktionen abgegolten werden.

Durch das Notariat Mattighofen wurden die entsprechenden Verträge erstellt, welche den Fraktionen zugegangen sind, um die grundbücherliche Durchführung zu veranlassen. Die gegenständlichen Verträge wurden durch den Vorstand der Schneegatterer Gemeinnützigen WohnungsgmbH bereits genehmigt.

Der BM stellt den

A n t r a g

den vorliegenden Abtretungs- (**ANLAGE 5**) und Kaufvertrag (**ANLAGE 6**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

7. Teilweise Auflassung öffentliches Wegegrundstück 941/1, KG Krenwald – Beschluss einer Verordnung und Abtretung des Grundstücksteiles

Der BM informiert, dass in der Sitzung des Gemeinderates vom 22.06.2011 der Tauschvertrag mit der Fa. Riedel genehmigt wurde. Durch die Grundbuchsführerin wurde eine Auflassung dieser Teilfläche des öffentlichen Wegegrundstückes gefordert. Um diese Abtretung grundbücherlich durchführen zu können, ist eine Auflassung dieser Teilfläche als Öffentliches Gut erforderlich. Eine entsprechende Verordnung wurde den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

GR Winkelmeier vertritt die Ansicht, dass auch ein Teil der Straßenböschung abgetreten werden soll, welcher im Eigentum der Gemeinde bleibt.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Verordnung über die Auflassung einer Teilfläche der Gst.Nr. 941/1, KG Krenwald, als öffentliches Gut (**ANLAGE 7**) zu beschließen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23

1 Enthaltung (GR Winkelmeier)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

8. Auflassung öffentliches Wegegrundstück 3108, KG Lengau – Beschluss einer Verordnung und Verkauf des Grundstückes

Der BM gibt bekannt, dass durch Herrn Karl Miglbauer die Auflassung des öffentlichen Wegegrundstückes 3108, KG Lengau, beantragt wurde. Herr Fuchs Johann hat am 05.09.2012 beim Gemeindeamt vorgesprochen und ersucht das öffentliche Wegegrundstück an die Grundgrenze 3031 und 3032, KG Lengau, zu verlegen. Der BM informiert, dass vorher mit den Fraktionsführern besprochen wurde im Bauausschuss Beratungen über die Nutzung des öffentlichen Wegegrundstückes zu führen.

GR Schinwald spricht sich für eine Verbreiterung der Irlersstraße im Tauschweg aus. GREM Barth befürchtet bei einer allfälligen Verbreiterung der Irlersstraße ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. GR Schinwald ist trotzdem der Ansicht, dass es besser ist, wenn sich die Straße in ausreichender Breite im Gemeindeeigentum befindet. Der BM schlägt vor, anstelle einer generellen Verbreiterung, Ausweichen auszuweisen.

GV Standl spricht sich ebenfalls für einen Tausch aus und schlägt einen Lokalausweis durch den Bauausschuss vor. Ein Verkauf soll die letzte Möglichkeit darstellen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Verordnung über die Auflassung des Gst.Nr. 3108, KG Lengau, als öffentliches Gut (**ANLAGE 8**) zu beschließen. Durch den Bauausschuss ist mit den betroffenen Grundeigentümern eine Einigung über eine allfällige Verlegung des öffentlichen Gutes 3108 bzw. eine Veräußerung oder Eintausch der Fläche zu führen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Verlegung des öffentlichen Gutes Römerstraße im Bereich der Gst. Nr. 2780 und 2779, KG Lengau

Der BM informiert, dass in der Zwischenzeit zwei Firmenansiedlungen im Bereich der Grundstücke 2780 und 2779, KG Lengau, fixiert wurden. Um eine bessere Ausnutzung der Grundstücke zu gewährleisten soll die bestehende Straße Richtung Bahnlinie Steindorf-Braunau verlegt werden.

Seitens der Straßenverwaltung wurde die Zustimmung für eine Zufahrt dieser Flächen von L 1044 in Aussicht gestellt. Neben der neuen Straße soll ein Gehweg über der Erdgasleitung errichtet werden und die Straße in einer Breite von ca. 6.5 bis 7,0 m hergestellt werden. Das Einvernehmen mit den betroffenen Grundeigentümern wurde hergestellt.

Die Grundflächen sollen teilweise eingetauscht und die zusätzlich benötigten Flächen angekauft werden. Die gegenständliche Infrastruktur soll durch die SISTEG hergestellt werden.

Im Bereich der bestehenden „alten Römerstraße“ sollen Kanal, Telekom usw. verlegt werden. Er erwartet durch die gegenständliche Betriebsansiedlung ca. 45 neue Arbeitsplätze. Die Straßenbauarbeiten sollen über den Winter 2012/2013 durchgeführt werden.

GR Schinwald erkundigt sich ob die Möglichkeit eines Gleisanschlusses noch gegeben ist. Der BM führt aus, dass der Gehweg über der bestehenden Gashochdruckleitung verlegt werden soll. Derzeit ist aufgrund der zeitlichen Nachteile der Bahn dieser Gleisanschluss kein Thema für die Fa. Palfinger. Die Möglichkeit für die Schaffung eines Gleisanschlusses besteht allerdings.

GV Standl erachtet diese Maßnahme als sehr sinnvoll und kündigt Zustimmung seiner Fraktion an.

Der BM stellt den

A n t r a g

der Verlegung des Öffentlichen Gutes „Römerstraße“ im Bereich der Gst.Nr. 2780 und 2779 Richtung Bahnlinie Steindorf – Braunau zuzustimmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. Grundsatzbeschluss über Vorgangsweise für die Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens in Lengau:

Der BM ruft in Erinnerung, dass in der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am 17.02.2012 ein einstimmiger Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens gefasst wurde.

Durch die Gemeinde wurde Kontakt mit dem Nachbarn Markus Bamberger aufgenommen. Durch Herrn Bamberger Markus wurde die Einräumung eines Baurechtes für 25 Jahre an einen Bauträger und zusätzlich 25 Jahre an die Gemeinde über eine Fläche zwischen 1.600 m² und 2.000 m² angeboten. Ein Verkauf ist für ihn derzeit nicht vorstellbar, außer es würde ihm durch die Gemeinde ein entsprechender gleichwertiger Ersatzgrund zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Finanzierung hat er sowohl mit der Abteilung Bildung, als auch mit der IKD gesprochen. Bei einer Vorfinanzierung durch die Gemeinde Lengau ist mit Kosten von € 800.000,-- bis € 900.000,-- zu rechnen. Mit der Gewährung von Landesmitteln (angestrebt wird eine Drittellösung zwischen Gemeinde, IKD und Bildung) ist in den nächsten Jahren nicht im größeren Ausmaß zu rechnen. Aufgrund der weiteren Vorhaben der Gemeinde Lengau, insbesondere der Errichtung des Alten- und Pflegeheimes ist mit Grunderwerbskosten von € 300.000,-- zu rechnen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Weiterführung der Straße in Richtung L 508 vom betreubaren Wohnen aus vorgesehen, wodurch ebenfalls Kosten von ca. € 100.000,-- anfallen.

Weitere Projekte sind das Musikprobelokal Friedburg-Lengau und das Pfarrheim mit Kulturraum in Lengau. Er verweist auf die vorhandenen Rücklagen, befürchtet aber dennoch, dass eine Vorfinanzierung des Kindergartens die finanziellen Reserven aufbrauchen würde. Er tritt daher für die Errichtung in Form eines Mietkaufmodelles ein und kalkuliert mit monatlichen Raten im Ausmaß von ca. € 3.000,--.

Diese Vorgangsweise wäre mit LH-Stv. Ackerl und LR Hummer abgesprochen und könnten dabei die Landesmittel in die Finanzierung eingebracht werden. Damit würde sich die laufende finanzielle Belastung der Gemeinde Lengau verringern. Er bedauert, dass es noch keine genaueren Unterlagen gibt. Er hat sich bemüht, dass er diesbezügliche Unterlagen über den OÖ Gemeindegund und Leitner+Leitner erhält. Mit Ausnahme einer Aussage über die Berechtigung zum Vorsteuerabzug der Gemeinde beim Kindergarten war dies jedoch leider nicht möglich.

Zusammenfassend schlägt der BM als Standort die Grundfläche der Familie Bamberger, neben der Volksschule Lengau, sowie eine Finanzierung in Form eines Mietkaufes durch eine Wohnbaugesellschaft (LAWOG, GEWOG und GWB) vor.

GV Weber zeigt sich erfreut, dass durch das Land der Bedarf anerkannt wurde. Seine Fraktion steht 100 % hinter dem Beschluss der Errichtung einer zweiten Kindergartengruppe in Lengau. Er sieht das Grundstück neben der Volksschule als gut geeignet. Bezüglich Punkt b) erachtet er aufgrund der Höhe der Errichtungskosten die Mitarbeit eines externen Beraters für notwendig, ob ein Mietkauf oder eine Leasingvariante zum Tragen kommt. Er kritisiert, dass diese Angelegenheit trotz des Finanzbedarfes von € 900.000,-- in keinem Ausschuss vorberaten wurde.

Er stellt den Antrag den Punkt b) an den Finanzausschuss zu verweisen und externe Berater beizuziehen. Nach Vorliegen entsprechender Daten über die Kosten der verschiedenen Finanzierungsvarianten (Mietkauf, Leasing o.ä.) erachtet er die Entscheidung für seine Fraktion als einfacher. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht er sich außerstande einer Mietkauffinanzierung zuzustimmen.

GV Weber stellt den

A n t r a g

den zweiten Teil dieses Tagesordnungspunktes dem Finanzausschuss zur Vorberatung zuzuweisen und einen Steuer- oder Finanzberater beizuziehen, der eine Beratung über die Finanzierungsvarianten durchführen kann.

Der BM vereist auf den Text der Tagesordnung, wonach nicht die Art der Finanzierung beschlossen werden soll, sondern lediglich von wem der Kindergarten errichtet wird. Die Art der Finanzierung soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Laut Aussage des Landes Oberösterreich wird eine Leasingfinanzierung nicht genehmigt. GV Weber beharrt auf seinem Standpunkt, dass eine Entscheidung über eine Investition von € 900.000,-- vorberaten werden muss, bevor im Gemeinderat eine Entscheidung getroffen werden kann. Der BM verweist auf den vorhandenen Zeitdruck um mit dem Bauvorhaben möglichst bald beginnen zu können. Er wiederholt, dass heute keine Entscheidung über die Finanzierungsform getroffen werden soll.

GV Schwaiger sieht den Standort als gut geeignet, spricht sich aber gegen eine Zufahrt über den Schulvorplatz aus. Er spricht sich ebenfalls für eine Finanzierung über einen Bauträger aus, da damit das Bauvorhaben relativ schnell abgewickelt werden kann. Er kann allerdings auch dem Antrag der ÖVP-Fraktion etwas abgewinnen. Auch ihm erscheint die Vorbereitung der Zahlen als mangelhaft und spricht er sich für eine Debatte im Finanzausschuss betreffend die Finanzierung aus.

VBM Reitsamer weist darauf hin, dass nicht über die Art der Finanzierung abgestimmt werden soll und ersucht um die Fassung eines Grundsatzbeschlusses für den Bau durch einen Bauträger, um eine weitere Vorgangsweise festzulegen. Er ersucht um Fassung dieses Beschlusses um keine kostbare Zeit bis zur nächsten GR-Sitzung zu verlieren. Er spricht sich ebenfalls für eine Beratung der Finanzierung im Finanzausschuss aus.

GREM Stipkovits vertritt ebenfalls die Ansicht, dass heute lediglich ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll. Es ist festzulegen ob eine Errichtung durch einen Bauträger gewünscht wird oder nicht. Erst wenn feststeht, dass diese Art gewählt wird können Verhandlungen über die Finanzierung geführt werden.

GR Winkelmeier spricht sich ebenfalls für eine unabhängige Begleitung durch einen externen Berater sowohl in bautechnischer als auch finanzieller Hinsicht aus. Er kann sich vorstellen 5 % der Bausumme für diese Betreuung in die Hand zu nehmen.

BM Rippl verweist auf den Zeitdruck und erinnert daran, dass im nächsten Kindergartenjahr nicht mehr alle Kinder aufgenommen werden können. Er hat mit den drei Wohnbaugesellschaften darüber gesprochen ob bereits Kindergärten errichtet wurden. Dies wurde von allen bestätigt. Alle waren bereit sich in einem Wettbewerb zu stellen, in welchem der Gemeindevorstand oder ein näher definiertes Gremium die Entscheidung treffen soll. Er spricht sich ebenfalls für die Beiziehung eines externen Beraters aus. Er ersucht einen Beschluss für die Grundfläche neben der Volksschule Lengau und für eine Errichtung durch einen Bauträger zu fassen.

GV Weber wiederholt seine Kritik, dass für derart wichtige Entscheidungen mehr Vorberatungen erforderlich sind.

GR Voggenberger vermisst Entscheidungsgrundlagen für die Entscheidung in der Fraktion. Er kritisiert generell, dass keine Planungen für die Zukunft vorgenommen werden, sondern immer nur auf den herrschenden Zeitdruck verwiesen wird. Als Beispiel führt er die Zufahrtssituation beim Sportzentrum in Schneegattern an. Bei Bauvorhaben stellen sich immer die Fragen wie wird gebaut, wie finanziere ich das Vorhaben und durch wen soll es ausgeführt werden. Aufgrund der fehlenden Hintergrundinformation sieht er Probleme bei der gegenständlichen Entscheidungsfindung.

a) Bestimmung des Standortes

Der BM stellt den

A n t r a g

als Standort für die Errichtung eines neuen zweigruppigen Kindergartens das Grundstück neben der Volksschule Lengau der Familie Bamberger festzulegen und mit der Familie Bamberger Verhandlungen über die Einräumung eines Baurechtes oder den Erwerb einer entsprechenden Grundstücksfläche aufzunehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

b) Errichtung durch Bauträger oder Gemeinde

Der BM stellt den

A n t r a g

mit der Errichtung des zweigruppigen Kindergartens einen Bauträger zu beauftragen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23 Ja
1 Enthaltung (GV Weber)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Der BM stellt den

Z u s a t z a n t r a g

bei der nächsten Finanzausschusssitzung ein externes Büro für die Finanzberatung und einen Fachmann für Architekturberatung beizuziehen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

11. Grundstück Nr. 582/14, KG Heiligenstatt – Entscheidung über die Übernahme in das öffentliche Gut – Straßen und Wege

Der BM informiert, dass im Zuge der Neuerstellung des ÖEK im Bereich neben dem Wegegrundstück 582/14, KG Heiligenstatt, eine zusätzliche Baulandausweisung vorgesehen ist. Im Bauausschuss wurde diese Angelegenheit unter Allfälliges besprochen.

Um Kosten zu sparen, schlägt GR Winkelmeier vor, die Straße nicht außen herum zu führen. Er geht davon aus, dass eine Baulanderweiterung nicht mehr möglich ist. Er regt eine Beratung in einer Bauausschusssitzung an.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Angelegenheit dem Bauausschuss zur Bearbeitung zuzuweisen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

12. Genehmigung des Stromliefervertrages mit der Energie AG

Der BM gibt bekannt, dass bei der Volks- und Hauptschule Friedburg jeweils eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von jeweils 5 kWp installiert wurde. Der durch die Photovoltaikanlagen erzeugte Strom wird in den Schulen verbraucht und der Überschussstrom wird in das Netz der Energie AG eingespeist.

GR Winkelmeier erachtet den Preis für in Ordnung und regt an, in der Schule zu überprüfen, wann die Stromverbraucher eingeschaltet werden, um die Anlage optimal auszunutzen.

Der BM stellt den

A n t r a g

die vorliegenden Einspeiseverträge mit der Energie AG (**ANLAGE 9** und **ANLAGE 10**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

13. Allfälliges

Berichte des BM:

- Der BM informiert, dass die Grundeinlösung für den Gehsteig Eschenbachstraße entlang der L 508 nicht möglich war. Als Alternative wird der Ankauf eines Grundstreifens von ca. 3,0 m entlang der Liegenschaft Landl versucht, um eine Verbindung zwischen Anzengruberstraße und Eschenbachstraße herzustellen. Diese Verbindung soll eingeschottert und im Winter geräumt werden.
- Der BM lädt ein zu „Sicher und Fit im Alter“ am 2.10.2012 im Veranstaltungszentrum Braunau
- Ende Juli ist das durch das Amt der OÖ Landesregierung erstellte Raum-erfordernisprogramm für den Umbau des Gemeindeamtes eingelangt. Für die Planungen des Umbaus, des Vorplatzes und der Zufahrt sollen fünf Planer eingeladen werden.
- Der BM informiert über die Sanierungswünsche des Kindergartens Friedburg – Kontakt mit Land wurde bereits hergestellt.
- Der Spielplatz Teichstätt wird am 29.9.2012 um 14.30 Uhr eröffnet. Einladung an Gemeinderat zur Teilnahme. Die Bevölkerung von Teichstätt wird dazu eingeladen.
- Für die Umfahrung von Höcken in Richtung B 1 wurden durch das Amt der O.ö. Landesregierung drei Varianten ausgearbeitet.
- Die ARGE Mattigtalbahnhof mit allen pol. Vertretern des Bezirkes wurde gegründet. Ziel sind Verbesserungen in den nächsten 5 – 10 Jahren durch Elektrifizierung, Sicherung der Eisenbahnkreuzungen, sicherer Bahnsteige, usw.

Anfragen:

- GV Standl bedankt sich für den Artikel bezüglich Hundehaltung im BM informiert. Er sieht darin keinen generellen Angriff der Landwirte auf Hundehalter. Er regt an zu prüfen, ob Hundekotboxen aufgestellt werden können. Der BM informiert, dass eine größere Anzahl aufgrund der Gemeindegröße aufgestellt werden müssten. Mehrere Gemeinden kommen bereits davon wieder ab, da die Säcke teilweise einfach weggeworfen werden.
- GV Standl weist auf die Problematik mit Hecken entlang von Straßen hin und erkundigt sich, ob es auch eine rechtliche Grundlage für den Rückschnitt gibt. Durch den Amtsleiter wird bestätigt, dass es Bestimmungen im OÖ Straßengesetz bzw. in der Straßenverordnung für den Rückschnitt von Hecken gibt. Allerdings ist der Weg gegen den Willen der Grundeigentümer oft sehr mühsam.
- GV Standl erkundigt sich, welche Tafel auf der B 147 im Bereich Abzweigung Gstöckat aufgestellt werden soll. Der BM gibt bekannt, dass eine Tafel „Achtung – Linksabbieger“ bei der BH beantragt werden soll.
- GV Standl bedankt sich für den Einsatz des Bürgermeisters bezüglich der Beseitigung der Schäden nach den Regenereignissen und lobt die durch den Wegeerhaltungsverband geleisteten Arbeiten. Er hebt besonders hervor, dass vor den Regenereignissen der Böschungsbereich am Güterweg Gstöckat überarbeitet wurde und zeigt sich von der Wirkung dieser kleinen Maßnahme erfreut.
- VBM Reitsamer lädt die GR-Mitglieder zur Umweltausschusssitzung am 13.9.2012 um 19.30 Uhr ein.
- GREM Stipkovits erkundigt sich, ob es bei den Eisenbahnkreuzungen nach Aufstellung der Wechselverkehrszeichen noch Unfälle gegeben hat. Im Gemeindegebiet Lengau sind keine derartigen Unfälle bekannt.
- GREM Eidenhammer erkundigt sich nach Richtlinien für die Beratung im Ausschuss oder die Beschlussfassung im Gemeinderat. Der BM erläutert, dass komplexere Punkte im Ausschuss vorberaten werden. Einfachere Angelegenheiten werden meist gleich auf die Tagesordnung des GR gesetzt um zügig erledigt werden zu können.
- GR Weinberger bedankt sich namens der Anrainer der Kapellenstraße für die Montage der 3,5 Tonnenbeschränkung in der Kapellenstraße. Der BM führt aus, dass die Verordnung bereits erfolgt ist. Die erforderlichen Zusatztafeln wurden bereits bestellt.
- GV Schwaiger erkundigt sich ob die Stellungnahme des BWG zum Flächenwidmungsplan an das Land mitgeschickt wurde und wann mit einer Antwort zu rechnen ist. Der BM hofft auf eine Stellungnahme bis Ende Oktober und einer Beschlussfassung im Gemeinderat zu Jahresende.
- GV Schwaiger informiert, dass Frau Habietinek ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet hat. Der BM kündigt eine Weiterleitung des Schreibens nach dessen Erhalt an.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 29.06.2012 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.15 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 06.09.2012 keine Einwendungen erhoben wurden^{*}, über die erhobenen Einwendungen^{*} der beigeheftete Beschluss gefasst wurde .

Lengau, am 07.09.2012

Der Vorsitzende:

* Nichtzutreffendes streichen

.....